

Rüsselsheim, den 10.06.2021

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Ortsbeiratssitzung des Ortsbeirats Bauschheim

vom Donnerstag, den 27.05.2021 um 19:00 Uhr

„A“

**TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Ortsbeirats Bauschheim vom
06.05.2021**

Die Niederschrift vom 06.05.2021 wird einstimmig genehmigt.

**TOP 2 Vorschlag der Listen BfL und SPD im Ortsbeirat - Anflugverfahren
Segmented Approach
DS-Nr. VBAU-1/21-26**

Der Ortsbeirat Bauschheim beschließt:

1. Der Magistrat trägt Sorge dafür, dass das Anflugverfahren Segmented Approach nicht in den Regelbetrieb überführt wird. Dazu sind alle nötigen Schritte einzuleiten. Wenn nötig wird der Klageweg beschritten.
2. Es werden Messpunkte zur Erfassung der Lärmwerte und der Feinstaub- und Ultrafeinstaubwerte in Bauschheim eingerichtet.

Frau Schmitz-Henkes begründet den Vorschlag der Listen BfL und SPD zum Anflugverfahren Segmented Approach.

Der vom Magistrat benannte Vertreter der Stadt Rüsselsheim am Main für die Fluglärmkommission soll in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates diesem für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Schneider fragt nach, ob der Lärminderungsplan fortgeschrieben wird.

Abstimmung: einstimmig, 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

**TOP 3 Betreff: Kindertagesstätten Lengfeldstraße und Böcklinstraße,
Erweiterungsbauten;
hier: Grundsatzbeschluss
Bezug: DS-Nr. 513/16-21 (Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für
Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2019/ 2020), DS-Nr. 346/16-21
(Prüfung der sich im Bau befindlichen Kindertageseinrichtung Am Weinhaß
74)
DS-Nr. DS-10/21-26**

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. in den Kindertagesstätten Lengfeldstraße und Böcklinstraße eine bauliche Erweiterung um jeweils eine Ü3-Gruppe (20 Plätze) erforderlich ist, um den dringenden Bedarf an Ü3-Betreuungsplätzen dauerhaft decken zu können.
2. sich die Grobkosten der Erweiterungen bei der Kita Lengfeldstraße und Kita Böcklinstraße auf jeweils ca. 600.000 € (brutto) belaufen.
3. das ehemals für eine temporäre Containerlösung in Ansatz gebrachte Budget von 450.000 € je Kita (Inv.Nr. 060446404C/ 060446410C) in der Haushaltsanmeldung 2022 um jeweils 150.000 € auf je 600.000 € erhöht wird.
4. Fördermittel in Höhe von rund 234.000 € für die Kita Lengfeldstraße und 205.700 € für die Kita Böcklinstraße in Anspruch genommen werden sollen.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

die Erweiterungsbauten der Kindertagesstätten Lengfeldstraße und Böcklinstraße als dauerhafte Lösungen ausgebildet werden. Der Anbau schließt direkt an das jeweilige Bestandsgebäude an. Die ursprünglich nur temporäre Erweiterung mittels Containern wird nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

**TOP 4 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für unter Dreijährige
2021/2022
DS-Nr. DS-22/21-26**

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. gemäß § 24 Abs. 2 SBG VIII ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres besteht.
2. zum 01.02.2021 aufgrund der Entwicklungen der Geburtenjahrgänge die Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder um 2 % auf 2.262 gesunken ist.
3. mit Stand 01.02.2021 stadtweit 449 Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen für Kinder oder in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen (Anlage1). Dies entspricht bei der

Berücksichtigung von drei Jahrgängen (Anlage 2) aktuell einer Versorgungsquote von rund 19 % (Vorjahr 20 %) und einer Verringerung der Platzzahl im Vergleich zum Vorjahr von 455 auf 449 Plätze.

4. zur Erreichung der Zielvorgabe einer Versorgungsquote in Höhe von 35 % (politische Zielvorgabe des Krippengipfels 2007) in Rüsselsheim am Main 343 weitere Plätze fehlen würden (Anlage 2).
5. gemäß der Anmeldungen zum Stichtag 01.02.2021 allen aktuell für das Betreuungsjahr 2021/2022 angemeldeten Kindern stadtweit ein Platzangebot zugeordnet werden kann (Anlage 3).
6. im Betreuungsjahr 2021/2022 noch weitere 24 Plätze durch die Inbetriebnahme der Kita Eisenstraße durch einen freien Träger zur Verfügung gestellt werden können (Anlage 5).
7. die aktuell nicht zur Verfügung stehenden 20 Plätze in der Kita August-Bebel-Straße im Betreuungsjahr 2021/2022 wieder belegt werden können, eventuell durch einen freien Träger.
8. ein weiterer Platzausbau am Kinderhaus Rüsselsheim aufgrund der Rücknahme des Angebotes durch den Vermieter nicht erfolgt ist.
9. in den folgenden zwei Betreuungsjahren werden noch weitere Betreuungsplätze durch beschlossene Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden können, nach aktuellem Stand zum Ende des Betreuungsjahres 2022/2023 24 Plätze durch die Kita Georg-Jung-Straße und 24 Plätze durch die Kita Hans-Sachs-Straße, sowie zum Ende des Betreuungsjahres 2023/2024 36 Plätze durch die Kita am Standort Masurenweg.
10. darüber hinaus noch an drei beschlossenen Standorten (Varkausstraße, Amselstraße und Hessenring 70), abhängig von der Bedarfslage zum Zeitpunkt der Bauplanung mind. 24 und max. 168 Betreuungsplätze entstehen werden.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 5 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2021/2022
DS-Nr. DS-23/21-26**

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. gemäß § 24 Abs. 3 SBG VIII ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schuleintritt besteht.
2. zum 01.02.2021 aufgrund der Entwicklungen der Geburtenjahrgänge die Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder um 0,2 % auf 3.084 gestiegen ist (Anlage 1).
3. mit Stand 01.02.2021 stadtweit 2.536 Betreuungsplätze in städtischer, konfessioneller und freier Trägerschaft für die tatsächliche Belegung zur Verfügung stehen (Anlage 2), dies entspricht an diesem Stichtag einem Versorgungsgrad von 82 %.
4. im Betreuungsjahr 2020/2021 noch weitere 20 Plätze und mit Beginn des Betreuungsjahres 2021/2022 noch einmal 40 Plätze zur Verfügung gestellt werden können (Anlage 4 und 5).
5. damit bis zum Ende des Betreuungsjahres 2021/2022 ein Versorgungsgrad von 84 % erreicht wird.

6. dann aufgrund der aktuellen Anmeldezahlen im Laufe des Betreuungsjahres 2021/2022 im gesamten Stadtgebiet 368 Betreuungsplätze fehlen werden (Anlage 3).
7. mit der Umsetzung der Maßnahmen „Neubau Kita Berliner Straße durch die Gewobau“ und „Anmietung Kita Eisenstraße“ noch 120 Plätze belegt werden können (Anlage 4 und 5).
8. dadurch der Versorgungsgrad auf 88 % erhöht werden kann.
9. danach im gesamten Stadtgebiet noch 248 Betreuungsplätze für bisher angemeldete Kinder fehlen werden, wofür mittelfristig weitere Maßnahmen bereits in früheren Drucksachen beschlossen wurden (Anlage 4 und 5).
10. zur Berücksichtigung aller in Rüsselsheim gemeldeter, anspruchsberechtigter Kinder, 691 Kinder angeschrieben wurden und davon für 163 Kinder keine Anmeldung für einen Betreuungsplatz erfolgt ist.
11. der Magistrat im Rahmen der Weiterentwicklung der Grundschule Königstädten eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung weitergeleitet hat, in der eine Auslagerung der bestehenden Kita Auerbacher Straße mit Neubau eines Nachbarschafts- und Familienzentrums angedacht wird.
12. der Magistrat zum Ankauf von Grundstücken zu marktgerechten Preisen ermächtigt werden soll, die für den Bau von Kindertagesstätten geeignet sind.
13. ein weiterer Platzausbau am Kinderhaus Rüsselsheim aufgrund der Rücknahme des Angebotes durch den Vermieter nicht erfolgt ist.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. der Magistrat mit der Prüfung des Standorts Paul-Hessemer-Straße 36 (vormals Kita Martinsgemeinde) zur weiteren Nutzung als Kindertagesstätte auch zusammen mit Wohnungen beauftragt wird.
2. nach Umzug der städtischen Kita Hessenring 97 in den Neubau im Hessenring 70 für den Standort Hessenring 97 wieder ein Neubau einer Kindertagesstätte vorzusehen ist.
3. aufgrund der zu erwartenden Versorgungsquote und der somit fehlenden Betreuungsplätze auch mit Inbetriebnahme der neuen Kindertagesstätte am Standort Berliner Straße im Jahr 2022 die Kita Danziger Anlage (aktuelle Baugenehmigung bis 22.08.2023) weiter betrieben wird.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 6 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder
2021/2022
DS-Nr. DS-26/21-26**

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII ein gesetzlicher Auftrag besteht, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Schulkinder zu sorgen.
2. im Schuljahr 2020/2021 insgesamt 1.184 Betreuungsplätze in Betreuungsschulen und Horten in städtischer Trägerschaft, bei Fördervereinen oder an Grundschulen zur Verfügung stehen, was einer Versorgungsquote von 42 % entspricht. Von den 1.184 zur Verfügung stehenden Plätzen waren zum Zeitpunkt 02/2021 insgesamt 1.053 Plätze belegt (38 % Versorgungsquote), zum Zeitpunkt 02/2020 waren von den 1.135 zur Verfügung stehenden Plätzen 1.116 Plätze belegt (41 % Versorgungsquote). (Anlage 1)
3. dass diese 131 Betreuungsplätze aktuell nicht belegt sind, weil es im Zuge der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Einschränkungen im Regelbetrieb der Grundschulen zu Abmeldungen bei Betreuungsplätzen kam.
4. davon auszugehen ist, dass sich die Inanspruchnahme vorhandener Betreuungsplätze mit dem Ende der Corona-Pandemie dem vorherigen Niveau angleichen bzw. ansteigen wird.
5. die Grundschule Hasengrund zum Betreuungsjahr 2021/2022 in den Pakt für den Nachmittag wechseln wird.
In diesem Zuge bezieht die Grundschule Hasengrund zum Schuljahr 2021/22 das benachbarte Gebäude Interim II (bisherige Nutzung: Sophie-Opel-Schule) und verfügt damit über den benötigten Raum, um das Ganztagsangebot entsprechend auszuweiten.
6. mit dem Wechsel der Grundschule Hasengrund in den Pakt für den Nachmittag die Gesamtzahl der dortigen Betreuungsplätze ab dem Schuljahr 2021/22 künftig in der Anlage 3 aufgeführt wird (bisher Anlage 2).

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. für das Schuljahr 2021/2022 eine Platzkapazität von insgesamt 790 Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder in Ganztags- und Betreuungsangeboten von Schulen sowie bei Fördervereinen bezuschusst werden soll, was eine Steigerung von 202 Plätzen im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. (Anlage 3)
2. für das Schuljahr 2021/2022 eine Platzkapazität von insgesamt 381 Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder an städtischen Betreuungsschulen zur Verfügung gestellt werden soll, was einen Rückgang um 115 Plätze im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. (Anlage 2)
3. als nächster Schritt in Richtung Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder (ab 2025) bei Neuaufnahmen von Kindern der Grundsatz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf so ausgelegt werden soll, dass auch Kinder einen Platz erhalten können, wenn Eltern nur teilweise oder nicht berufstätig sind. Grundlage hierfür ist folgende Priorisierung bei der Vergabe der Betreuungsplätze:
 1. Alleinerziehendes Elternteil, berufstätig
 2. Gemeinsam erziehende Eltern, beide berufstätig
 3. Alleinerziehendes Elternteil, nicht berufstätig
 4. Gemeinsam erziehende Eltern, eine Person berufstätig
 5. Gemeinsam erziehende Eltern, beide nicht berufstätigAls berufstätig gelten in diesem Zusammenhang auch Erziehungsberechtigte in Studium oder Ausbildung und arbeitssuchende Erziehungsberechtigte.
Darüber hinaus erfolgt eine Platzvergabe aufgrund von Stellungnahmen von Einrichtungen der Jugendhilfe zur Vermeidung sozialer Härten und der Schule aus pädagogischen Gründen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 8 Ja-Stimmen

**TOP 7 Jahresbericht 2020 - Kommunale Jugendarbeit
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
DS-Nr. DS-21/21-26**

Frau Vögtle von der Verwaltung und Frau Kelm von der Auszeit e. V. stellen den Bericht vor und beantworten die Fragen von den Mitgliedern des Ortsbeirates.

Die politischen Gremien nehmen den Jahresbericht 2020 der kommunalen Jugendarbeit zur Kenntnis. Der Gesamtbericht setzt sich zusammen aus dem Bericht der kommunalen Jugendförderung (Anlage 1) und dem Bericht des Vereins Auszeit im Kreis Groß-Gerau e.V. (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 8 Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Stadt Rüsselsheim am Main
DS-Nr. 839/16-21**

Herr Renner von der Verwaltung stellt das Radverkehrskonzept vor und beantwortet die Fragen von den Mitgliedern des Ortsbeirates.

Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Fertigstellung der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts (RVK) der Stadt Rüsselsheim am Main (als Anlage beigefügt) aus dem Jahr 1996 zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Unterausschuss Nahmobilität regelmäßig in den Erarbeitungsprozess des RVK eingebunden wurde. Die Stadtverwaltung hat Zwischenergebnisse im Unterausschuss präsentiert, Anmerkungen der Unterausschussmitglieder*innen wurden in das Konzept aufgenommen.

Beschlussvorschlag

1. Das Radverkehrskonzept (als Anlage beigefügt) wird als Grundlage für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in Rüsselsheim am Main im Grundsatz durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die für die jährliche Umsetzung der Maßnahmen aus dem RVK zur Verfügung stehenden Mittel auf Grundlage der Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans 2020 sukzessive angepasst werden. Für die Umsetzung von Maßnahmen sind Fördermittel – sofern vorhanden – zu akquirieren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 8 Ja-Stimmen

**TOP 9 Gehwegparken in Bauschheim;
hier: Präsentationen vom 26.11.2020**

Herr Ekkert von der Verwaltung beantwortet die Fragen von den Mitgliedern des Ortsbeirates.

Herr Schneider teilt mit, dass er die AG „Parken in Bauschheim“ aus früheren Zeiten kennt und ob diese AG sich nicht mit der Thematik erneut beschäftigen kann. Frau Schmitz-Henkes bestätigt, dass es diese AG noch gibt und schlägt vor, dass jetzt die aktuell betroffenen Straßen überprüft werden sollen und alle weiteren Themen dann wieder in der AG bearbeitet werden.

Die Thematik soll am 01.07.2021 erneut auf die Tagesordnung aufgenommen werden, damit die neuen Mitglieder des Ortsbeirates Gelegenheit bekommen, sich bis dahin mit der Angelegenheit zu befassen.

Die 2 Bereiche der Rheingauer Straße, die bepflanzt und die Steine aufgelegt wurden, sollen überprüft werden, ob hier Parkplätze angelegt werden können. Die Ortsvorsteherin regt an, zeitnah zu einer Entscheidung zu kommen und äußert den Wunsch, in der nächsten Ortsbeiratssitzung darüber abzustimmen.

Die Verwaltung hat die Flächen mit Minimalaufwand als bienenfreundliche Flächen übergangsweise hergestellt, was aber jederzeit wieder umgestaltet werden kann.

Herr Bock führt an, dass die Baumstraße (zwischen der Pfälzer Straße und Badener Straße) einseitig zum Gehwegparken freigegeben ist. Dies soll überprüft werden.

**TOP 10 Barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen
DS-Nr. DS-2/21-26**

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht über den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen (Anlage) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zur Kenntnis genommen

TOP 11 Einführung einer Ringlinie der Stadtwerke
Bezug: Antrag Nr. 74 der WsR-Fraktion vom 30.01.2020
DS-Nr. 816/16-21

Es wurde der dem Protokoll beiliegende Änderungsvorschlag von der BfL, SPD und FDP vorgelegt. Dieser lautet wie folgt:

Der Ortsbeirat Bauschheim beschließt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, mit dem in 2021 (Abschluss 2022) zu erstellenden NVP ein Konzept über zusätzliche Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorzulegen.
Das Konzept enthält insbesondere auch:
 - **Vorschläge zur verbesserten Anbindung der Ortsteile, gerade auch an kulturelle Angebote (Theater, Bücherei etc.)**
 - **Anbindung der Taktung an die Abfahrtszeiten der S-Bahn**
 - **Perspektiven für veränderte Strukturen (z. B. Eselswiese)**
2. **Im Rahmen des neuen NVP wird evaluiert, wie das Nachtragsangebot deutlich verbessert werden kann.**

Über diesen Antrag wurde Einzelabstimmung beschlossen.

Punkt 1 des Beschlussvorschlages incl. Änderung wurde mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Punkt 2 des Beschlussvorschlages incl. Änderung wurde mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Der Vorlage in der geänderten Fassung wurde mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der bestehende Nahverkehrsplan (NVP) der Stadt Rüsselsheim am Main aus dem Jahr 2006 einer Fortschreibung auf der Grundlage bedarfsorientierter Mobilitätsangebote bedarf.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, mit dem in 2021 (Abschluss 2022) zu erstellenden NVP ein Konzept über zusätzliche Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorzulegen.
2. Im Rahmen des neuen NVP wird evaluiert, ob die Ausweitung des Nachtangebotes sinnvoll und wirtschaftlich ist.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Antrag Nr. 74 der WsR-Fraktion vom 30.01.2020 für erledigt zu erklären.

TOP 12 Anfragen und Mitteilungen

Frau Roth wurde von einer Anwohner*innen Gruppe angesprochen, ob in der Dolomitenstraße / Straßburger Straße parallel zur Brunnenstraße verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet werden kann. Die Verwaltung wird gebeten dies zu prüfen.

Bauschheim, 25. Mai 2021

Vorschlag zur Änderung der DS 816/16-21; Einführung einer Ringlinie der Stadtwerke

Die Ortsbeiratsmitglieder von BfL, SPD und FDP schlagen zur Änderung der Drucksache vor:

Der Ortsbeirat Bauschheim beschließt:

B. Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, mit dem in 2021 (Abschluss 2022) zu erstellenden NVP ein Konzept über zusätzliche Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorzulegen.

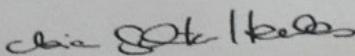
Das Konzept enthält insbesondere auch:

- Vorschläge zur verbesserten Anbindung der Ortsteile, gerade auch an kulturelle Angebote (Theater, Bücherei etc.)
- Anbindung der Taktung an die Abfahrtszeiten der S-Bahn
- Perspektiven für veränderte Strukturen (z.B. Eselswiese)

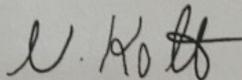
2. Im Rahmen des neuen NVP wird evaluiert, wie das Nachtangebot deutlich verbessert werden kann.

Begründung:

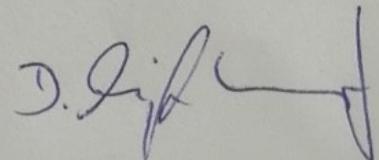
Erfolgt mündlich.



Maria Schmitz-Henkes, BfL



Natalie Kolb, SPD



Dominik Mißkamp, FDP